

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/3090 –**

**Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999  
– Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitoring –**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bericht von 1999 bestätigt, dass sich der Gesundheitszustand des Waldes seit 1991 verbessert und insgesamt stabilisiert hat. Gleichfalls zeigt der Bericht die Notwendigkeit, die Problematik der Waldschäden nicht pauschal, sondern differenziert zu beurteilen: Es gibt deutliche regionale Unterschiede, für die neben der Luftbelastung u. a. der Standort, die Verteilung der Baumarten sowie die Alterszusammensetzung der Wälder verantwortlich sind.

Diese positiven Ergebnisse sind jedoch kein Grund zur Entwarnung. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung an dem 1983 beschlossenen Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ festhält. Die mit diesem Programm verbundene konsequente Luftreinhaltungspolitik war und ist die wirkungsvollste Maßnahme für die Minderung der Waldschäden.

Voraussetzung für die Pflege und somit die Gesunderhaltung des Waldes ist eine auf Dauer existenzfähige Forstwirtschaft. Deshalb benötigt diese im immer stärker werdenden Wettbewerb günstige nationale Rahmenbedingungen. Leider hat die Bundesregierung u. a. durch ihre Steuerpolitik die Einkommenssituation der Forstbetriebe erheblich verschlechtert. Die Einführung der Öko-steuer und die Kürzungen im agrarsozialen Bereich belasten darüber hinaus besonders die privaten Waldbesitzer schwer.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Die deutliche Absenkung der Fördermittel, die im Rahmen des Programms „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auch für die Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, rückgängig zu machen.
- Die Forschungen über die Ursachen der Waldschäden im Rahmen des forstlichen Monitoring in enger Zusammenarbeit mit den Ländern weiter zu be-

- treiben und dafür Sorge zu tragen, dass die vielfältigen und Forschungsergebnisse zu konsequenten Maßnahmen gegen die Waldschäden führen.
- Für den verstärkten Absatz von einheimischen Holz zur Stärkung der deutschen Forst- und Holzwirtschaft gute Rahmenbedingungen zu gewährleisten.
  - Die Energie- und Umweltpolitik so zu gestalten, dass eine deutliche Senkung der CO<sub>2</sub>-Belastung entsprechend dem Klima-Protokoll von Kyoto erreicht wird und so die mögliche Gefahr eines Klimawandels und der damit ansteigenden Wahrscheinlichkeit von Sturmkatastrophen in den deutschen Wäldern gemindert wird.
  - In stark unterdurchschnittlich bewaldeten Regionen die Vermehrung von Wald zu fördern.
  - Im Rahmen der Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen verstärkt die Nutzung von Holz zu fördern, um der Forderung der Agenda 21 nach geschlossenen Kreisläufen nachzukommen.
  - Angesichts der großen Waldschäden durch den Sturm „Lothar“ die Mittel zur Aufforstung der betroffenen Flächen erheblich zu verstärken und langjährig zu gewähren, damit die Existenz der Betriebe der betroffenen Waldbauern gesichert werden kann und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Holzmarkt zu stabilisieren.
  - Den Steuersatz nach § 34b Einkommensteuergesetz (EStG) für Kalamitätsfälle wieder auf 1/8 für die Zeit der Einschlagbeschränkung zu senken.

Berlin, den 29. März 2000

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**